

Israel als der verfolgte »kollektive Jude« unter den Nationen innerhalb der Orthodoxie des »neuen Antisemitismus«

Antony Lerman

Egal, ob man die Gültigkeit der Arbeitsdefinition von Antisemitismus der *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA) akzeptiert oder ablehnt,¹ unbestreitbar ist, dass die breite internationale Anerkennung, die sie als Antisemitismusdefinition mittlerweile genießt, beispiellos und außergewöhnlich ist. Heute ist sie die Definition von Antisemitismus im öffentlichen Raum, aber auch in einem bedeutenden Teil der Forschung über zeitgenössischen Antisemitismus – was allerdings nicht heißt, dass jeder, der sie kennt und eine Meinung über sie hat, sie auch gelesen hätte.

Die IHRA-Arbeitsdefinition ist nach meiner Meinung ein klarer Beweis dafür, dass der Antisemitismus neu definiert wurde, und dafür, dass diese Neudefinition, die mehr als dreißig Jahren gedauert hat, im Wesentlichen eine Kodifizierung dessen ist, was viele als den »neuen Antisemitismus« bezeichnen, der jetzt in der Tat heute das zeitgenössische Verständnis von Antisemitismus darstellt.

In meinem Essay fasse ich erstens zusammen, auf welche Weise der zeitgenössische Antisemitismus zum »neuen Antisemitismus« umbestimmt wurde. Zweitens erkläre ich, wie diese neue Bestimmung formal in der IHRA-Arbeitsdefinition kodifiziert wurde, und wieso dies rechtfertigt, zur Rechtfertigung einer »Orthodoxie des neuen Antisemitismus« zu dient. Drittens umreiße ich das Feld der *racial governance*,² die das fördert und aufrechterhält, was oftmals

1 Für den Text der IHRA-Arbeitsdefinition siehe <https://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-charters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus>.

2 Zu diesem Konzept siehe Esther Romeyn: (Anti-)»new antisemitism« as a transnational field of racial governance. In: *Patterns of Prejudice* 54(1–2), 2020, S. 1–16.

als »Krieg« gegen Antisemitismus bezeichnet wird.³ Den Abschluss bildet eine kritische Analyse der Vorstellung, Israel sei der verfolgte »kollektive Jude« unter den Nationen – ein zentrales Element des »neuen Antisemitismus«, von dem die Anhänger dieser Neudefinition entweder stillschweigend ausgehen oder dass sie auch ganz offen vertreten.⁴

Der neue Antisemitismus

Obwohl es den Begriff »neuer Antisemitismus« wahrscheinlich bereits in den 1930er Jahren gegeben hatte, nahm er wohl erst mit dem Sechstagekrieg von 1967 seine heutige Bedeutung an, als man damit jene Kritik an Israel und am Zionismus bezeichnete, die von den Linken und den Palästinensern sowie später auch vom politischen Islamismus formuliert wurde. Auch wenn man sich in der ersten Zeit über diese Bezeichnung keineswegs einig war, so verfestigte sich doch seit den späten 1980er Jahren in einigen intellektuellen und politischen Milieus nach und nach die Ansicht, dass dieser »neue Antisemitismus« immer offensichtlicher würde und stärker in Erscheinung träte – und dass er sich wegen seiner Ausrichtung auf den jüdischen Staat vom so genannten klassischen Antisemitismus, der auf einzelne Juden oder auf jüdische Gemeinschaften abzielt, unterscheiden würde. Diejenigen, die damit nicht übereinstimmen, argumentierten hingegen, dass es so etwas wie einen auf Israel zielenden »neuen Antisemitismus« nicht gebe und dass jeder identifizierbare Antisemitismus in Bezug auf Charakterisierungen Israels und des Zionismus durch etablierte Verständnisse des Antisemitismus erklärbar sei und daher nicht als »neu« herausgehoben werden müsse.

Wie wir aus den Sitzungsprotokollen institutionalisierter Gesprächsrunden wissen, setzte man sich in jüdischen und israelischen Kreisen seit den späten 1970er und frühen 1980er Jahren zunehmend mit der Bedeutung der Erosion der Unterstützung für Israel und der Ziele der politischen Ideologie des

3 Siehe Antony Lerman: *Whatever Happened to Antisemitism? Redefinition and the Myth of the »Collective Jew«*. London: Pluto Books 2022, Kapitel 12.

4 Meine Arbeit in diesem Bereich begründet sich auf wissenschaftliche Forschung, ist aber auch von partikularen persönlichen Erfahrungen geprägt, für die es in der Antisemitismusforschung normalerweise keinen Platz gibt. Ich war aktiv an den historischen Ereignissen, die ich in diesem Essay diskutiere, beteiligt. Seit den 1980er Jahren habe ich mich vor allem der Politisierung und Instrumentalisierung des Antisemitismus widersetzt.

Zionismus – so wurde das Problem zuweilen beschrieben – auseinander. An diesen Zusammenkünften nahmen viele Wissenschaftler, bekannte Intellektuelle, Politiker und Kommentatoren sowie Vertreter zionistischer Organisationen und der *Jewish Agency*, die für die zionistische Erziehung zuständig waren, teil. Die Frage, ob es so etwas wie einen »neuen Antisemitismus« gäbe, spielte seit Anbeginn eine Rolle, dominierte aber anfangs noch nicht die Diskussionen. Alle Teilnehmer waren Israel und dem Zionismus gegenüber wohlwollend eingestellt, auch wenn es unter ihnen auch gemäßigte kritische Stimmen gab. Gewiss gab es in den ersten Jahren noch keinen Konsens zum Thema »neuer Antisemitismus«.

All diese Diskussionen fanden in Israel und außerhalb Israels in jüdischen Gemeinschaften statt und wurden von zionistischen Einrichtungen oder von jüdischen Gemeindeverbänden organisiert, die den jüdischen Staat vollumfänglich unterstützten. Besonders bedeutsam wurden jene Treffen, die in Israel unter der Schirmherrschaft des Präsidialamtes stattfanden. Zentral waren dort die Fragen, ob die zionistische Erziehung irgendwie falsch gelaufen sei und inwiefern diese aufgefrischt, verjüngt und überdacht werden müsse. Die Legitimität des Israels wurde hingegen niemals angezweifelt, weder inwiefern er ein koloniales Unterfangen war noch welche Verbrechen es im Zuge seiner Gründung begangen hatte – und auch nicht, wie er »die Anderen« im eigenen Land behandelt. Anders gesagt: Es waren Gespräche mit der klaren politischen Agenda, Kritik an Israel und am Zionismus mit Antisemitismus zu verknüpfen. Dies zeigt sich auch in den Äußerungen einer der Hauptfiguren dieses Prozesses: Yehuda Bauer, damals Geschichtsprofessor an der Hebräischen Universität und Direktor des *Sassoon International Center for the Study of Antisemitism* (SICSA), sagte in den Schlussbemerkungen zu einer dieser Diskussionen Ende der 1980er Jahre, man sei sich einig: »Antizionismus ist Antisemitismus«.⁵

Diese Schlussbemerkungen mögen vielleicht etwas zugespitzt gewesen seien, doch die Bedeutung von Bauers Einschätzung mag man daran ablesen, dass die durch den israelischen Staat organisierten Gesprächsrunden – die »Seminare des Präsidenten« – zu einem Ende kamen und die Angelegenheit fortan zu einem zentralen Thema bei der Ausweitung der institutionellen

5 Siehe Yehuda Bauer (Hg.): *Present-Day Antisemitism: Proceedings of the Eighth International Seminar of the Study Circle on World Jewry Under the Auspices of the President of Israel*, Chaim Herzog, Jerusalem, 29–31.12. 1985. Jerusalem: Vidal Sassoon International Center for the Study of Antisemitism 1988, S. ix.

Bemühungen zur Überwachung, Analyse, Bewertung und Berichterstattung über den zeitgenössischen Antisemitismus und seine politischen Folgen wurde. Für die israelische Regierung gab es keinen Zweifel mehr: Antizionismus und scharfe Kritik an Israel waren Ausdruck von Antisemitismus.

Diese Ansicht spiegelte sich im Wandel der israelischen Politik in Fragen des Antisemitismus. Während die israelische Regierung in den ersten vier Jahrzehnten des Bestehens des Staates nicht gewillt war, sich öffentlich mit dem Antisemitismus zu beschäftigen, mit dem die Diaspora-Gemeinden konfrontiert waren, änderte sie 1988 ihre Haltung: Sie gründete das »Regierungsforum zur Beobachtung des Antisemitismus« und setzte den Mossad ein, um die Überwachung und Bekämpfung des Antisemitismus durch die jüdischen Gemeinden unter der Führung Israels zu koordinieren. (Etwa in dieser Zeit hatten britische Botschaftsangehörige bei Treffen mit Elyakim Rubinstein, dem Vorsitzenden des *Regierungsforums*, skeptisch angemerkt: »Es besteht die Tendenz, Kritik an der israelischen Regierung mit Antisemitismus gleichzusetzen.«) In den Jahren des Oslo-Friedensprozesses 1993 bis 2001 gab Israel diese Politik zwar nicht auf, stellte sie aber zurück. Was hingegen weitergeführt wurde, war die Überwachung, Erforschung und Bewertung von Antisemitismus durch jüdische Verteidigungsgruppen – wohlgemerkt aber nur solche, die von jüdischen Repräsentanten und von den für das »Monitoring Forum« arbeitenden Mossad-Agenten offiziell gebilligt wurden. Doch als Oslo im Sand verlief, der weltweite Antisemitismus angeblich zugenommen hatte und die wahrgenommene nationale und internationale Bedrohung Israels um die Jahrhundertwende zunahm, setzte sich die israelische Regierung zunehmend mit Antisemitismus auseinander und unternahm eine Neustrukturierung seiner Behörden, um das Problem anzugehen. Die großen jüdischen Institutionen in der Diaspora, die sich mit dem Thema Antisemitismus befassten und einst eifersüchtig ihre Unabhängigkeit in dieser Frage verteidigt hatten, schoben mögliche Bedenken beiseite und bestätigten im Wesentlichen die führende Rolle der israelischen Regierung.

In dieser Zeit war die wachsende Zahl der Protagonisten des »neuen Antisemitismus« davon überzeugt, dass die Ereignisse um die Jahrhundertwende – die zweite Intifada, die UN-Antirassismuskonferenz in Durban, der 11. September 2001 – weltweit einen starken Anstieg von Antisemitismus dieses »neuen Typs« ausgelöst hatten. Die Meinung in den jüdischen Verteidigungs- und repräsentativen Organisationen sowie in einigen Forschungs- und Überwachungsgremien verschob sich entscheidend in Richtung der Einschätzung, dass der »neue Antisemitismus« zu dieser Zeit die Hauptgefahr für die Sicher-

heit der Juden darstelle: in Israel, da der angeblich antisemitische Antizionismus speziell auf den jüdischen Staat abzielte; und außerhalb Israels wegen des Übergreifens der Ereignisse im Nahen Osten auf Länder mit jüdischer Diaspora.

Seit diesen angespannten Zeiten sind mehr als zwanzig Jahre vergangen. Und so ist es vielleicht nicht verwunderlich, dass ein weiterer gewichtiger Grund übersehen wird, der sowohl für den Beschluss der israelischen Regierung entscheidend war, die Führung der Koordinierung der weltweiten jüdischen Beobachtung und Maßnahmen gegen Antisemitismus zu übernehmen, als auch für die Entscheidungen großer jüdischer Organisationen mit internationaler Agenda – der *Jüdischen Weltkongress*, das *American Jewish Committee*, die *Anti-Defamation League* und das *Simon Wiesenthal Center* –, ihre politischen Kampagnen gegen Antisemitismus und die Verbreitung von Informationen über Antisemitismus vor allem in Europa zu verstärken. Der Grund war das Wiederaufkommen des politischen Antisemitismus in Osteuropa nach dem Zusammenbruch des Kommunismus im Jahr 1989. Während die neuen Freiheiten den Weg zu Demokratisierung und Liberalisierung öffneten, kam es – sozusagen als Nebeneffekt – zu öffentlichen Nostalgieäußerungen für die vorkommunistische Vergangenheit, darunter faschistische und antisemitische Tendenzen, und zu einem Wiederaufleben von Organisationen, die mit solchen politischen Ideologien hausieren gingen.

Dies stellte für jüdische Institutionen eine Herausforderung dar, auch für die Forschungseinrichtung des *Jüdischen Weltkongresses* namens *Institute of Jewish Affairs*, das in London ansässig war. An diesem Institut arbeitete ich seit 1979, seit 1991 leitete ich es als Direktor. Den Forschungsschwerpunkt des Instituts bildet der Antisemitismus auf globaler Ebene, jedoch mit einem besonderen Augenmerk auf Europa und den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Neben der Auseinandersetzung mit der Frage des angeblich antisemitischen Charakters von Israelkritik erforderte auch das Wiederaufleben des politischen Antisemitismus in Osteuropa entsprechende Forschung und Analyse. Unsere Antwort war die Gründung eines jährlich erscheinenden *Antisemitism World Report*, der im Stil von länderspezifischen Menschenrechtsberichten auf der Grundlage der üblichen Kategorien von antisemitischen Vorfällen und anderen Faktoren den Stand des Antisemitismus erfasst. Der Bericht erschien erstmals im Jahr 1992 und wurde bis 1999 in gedruckter Form fortgeführt. Trotz seiner Unabhängigkeit von jüdischen Repräsentationsorganen des Vereinigten Königreichs wurde das *Institute of Jewish Affairs* als eine dem *Jüdischen Weltkongress* zugehörige Organisation zur gleichen Zeit in die neuen Bestrebungen

der israelischen Regierung zur Leitung und Koordinierung der Antisemitismusüberwachung einbezogen. Daher nahm ich zusammen mit der Verteidigungsabteilung des *Board of Deputies of British Jews*, der wichtigsten jüdischen Organisation in Großbritannien, an Treffen mit dem Mossad-Vertreter teil, der von der israelischen Botschaft in London aus arbeitete. (Diese Verteidigungsabteilung des Boards wurde 1994 in eine unabhängige gemeinnützige Organisation namens *Community Security Trust* umgewandelt.)

Bald wurde jedoch klar, dass sich der Auftrag des Mossad nicht auf die Verteidigung jüdischer Gemeinschaften gegen Antisemitismus beschränkte. In gleichem Maße richtete sich sein Augenmerk darauf, das erhöhte Bewusstsein für Antisemitismus unter jungen Juden zu nutzen, um zionistische Gefühle sowie die jüdische Einwanderung zu fördern. Dies war einer der Hauptgründe, warum das *Regierungsforum* und der Mossad darauf bestanden, nur mit von ihnen gebilligten jüdischen Organisationen, die sich mit Antisemitismus befassen, zusammenzuarbeiten. Die Funktionsweise dieser Kooperation war breit angelegt und fokussierte sich vor allem auf Datensammlung, Forschung, Berichterstattung und Lagebeurteilungen – alles Aufgaben, die der Mossad seinem öffentlichen Gesicht übertrug, nämlich der Historikerin Dina Porat und ihrem 1988 mit Mossad-Mitteln finanzierten *Project for the Study of Antisemitism* an der Universität Tel Aviv. Dass Porat ihre Institution bereitwillig als Instrument für zionistische Ziele zur Verfügung stellen würde, kam nicht völlig unerwartet, aber wir waren nicht die Einzigen, die dennoch davon überrascht waren, dass sie ihre akademische Glaubwürdigkeit und die der Universität auf diese Weise aufs Spiel setzen würde. Zur gleichen Zeit wurde bekannt, dass Porats Projekt einen eigenen jährlichen Antisemitismusbericht plante. Und der Mossad wollte, dass wir mit ihr zusammenarbeiteten und unseren eigenen Bericht einstellten.

Diese Situation stellte das *Institute of Jewish Affairs* vor existenzielle Herausforderungen. Unsere Arbeit zum Antisemitismus war bestimmt durch das Grundprinzip der Objektivität. Es ging uns um unvoreingenommene Analysen und Bewertungen, weswegen wir so gut wie möglich zu vermeiden suchten, dass politische, ideologische oder emotionale Erwägungen die Suche nach belastbaren Beweisen vernebeln. Nach unserem Verständnis stand es der israelischen Regierung frei, bei ihrer Auseinandersetzung mit der Antisemitismusfrage zionistische Ziele zu verfolgen. Aber es war für uns unvorstellbar, dass das *Institute of Jewish Affairs* unter diesen Bedingungen mit dem Mossad und der Universität Tel Aviv zusammenarbeiten würde. Folglich weigerten wir uns, den »neuen Antisemitismus« – der in seiner embryonalen Form den

Mossad, die israelische Regierung und Porats Institut anleitete, bald darauf auch die großen internationalen jüdischen Organisationen – zum leitenden Prinzip der Forschung des *Institute of Jewish Affairs* zu machen.

Der *Jüdische Weltkongress*, der als Leitung der Kampagne zur Sicherung der Rechts auf Auswanderung für Juden aus der Sowjetunion gerade einen Erfolg gefeiert hatte, setzte in der Zwischenzeit ein erstes öffentlichkeitswirksames Zeichen für seine politische Entscheidung, der Bekämpfung des Antisemitismus Priorität einzuräumen: Er organisierte unter dem Titel »*My Brother's Keeper*« eine globale Konferenz über Antisemitismus und Vorurteile in einer sich verändernden Welt, die vom 6. bis zum 8. Juli 1992 in Brüssel stattfand und an der Vertreter jüdischer Gemeinschaften aus 60 Ländern und mehrere Staatsoberhäupter teilnahmen. Der Bürgerrechtler und Politiker Jessie Jackson hielt eine Rede vor tausend Zuhörern und das *Institute of Jewish Affairs* stellte den ersten Jahrgang seines *Antisemitism World Report* vor. Vor allem aber bot die Konferenz wichtigen internationalen jüdischen Organisationen die Gelegenheit zu einem Treffen unter der Federführung des israelischen *Regierungsforums zur Beobachtung des Antisemitismus*, das durch den Londoner Mossad-Vertreter repräsentiert wurde. Dabei ging es auch um eine Verständigung auf die Parameter bzw. Bedingungen für die von den Israelis und angeblich allen großen jüdischen Organisationen gewünschte Zusammenarbeit. Ein wichtiger Punkt auf der Tagesordnung war, das *Institute of Jewish Affairs* davon zu überzeugen, sich für die Erforschung und Veröffentlichung des weltweiten Berichts über Antisemitismus mit Porats Institut zusammenzutun. Um es kurz zu machen: Trotz des Drucks von praktisch allen Anwesenden, einschließlich des *Jüdischen Weltkongresses*, der unser wichtigster Geldgeber war, lehnten wir ab.

Nach einer Tagung zur europäischen Antisemitismusforschung, die wir später im selben Jahr in London organisiert und zu der wir auch Personen eingeladen hatten, die der Mossad nicht »billigte«, wurden wir aus dem Kooperationsnetz ausgeschlossen. Dem *Institute of Jewish Affairs* wurde der Zugang zu jenen »Daten« über Antisemitismus versperrt, die das Forum an zugelassene Gruppen in der ganzen Welt verteilte. Außerdem wurden wir nicht mehr zu internationalen Tagungen der Antisemitismusforschung eingeladen.

Unsere wichtigsten Geldgeber – bis 1994 der *Jüdische Weltkongress* und von 1994 bis 1998 das *American Jewish Committee* – zeigten sich mit unserer Haltung nicht einverstanden, obwohl sie anfangs noch selbst skeptisch gegenüber dem Ansatz der israelischen Regierung waren. Doch bald machten sich auch diese beiden Organisationen die Vorstellung des »neuen Antisemitismus« zu eigen. Im *Institute of Jewish Affairs* sahen wir hingegen immer noch keinen Grund,

diesen Weg einzuschlagen, da die mehr als hundert Forscher, die Einträge und Daten zu unserem Weltjahresbericht zum Antisemitismus beisteuerten, kein Problem damit hatten zu erkennen, wann Formen der Kritik an Israel als antisemitisch angesehen werden müssen. Der *Antisemitism World Report* funktionierte auf der Grundlage eines informellen, gemeinsamen Verständnisses von Antisemitismus, das keine starre Definition erforderte. Nachdem ich vertrauliche Informationen zugespielt bekommen hatte, wonach der *Jüdischen Weltkongress* insgeheim plante, unser *Institute of Jewish Affairs* in London zu schließen und es als Abklatsch in New York neu zu eröffnen, entwickelte ich 1994 einen vertraulichen Plan, um die Unabhängigkeit unserer Arbeit, die für uns entscheidend war, weiter zu gewährleisten: Wir kappten die Verbindungen zum *Jüdischen Weltkongress* und gründeten das *Institute of Jewish Affairs* im Jahr 1996 unter dem Namen *Institute for Jewish Policy Research* als unabhängigen Think Tank neu. Die verlorene Finanzierung des *Jüdischen Weltkongress* ersetzte das *American Jewish Committee*, mit dem wir eine formelle fünfjährige Zusammenarbeit vereinbarten.

Die Verfechter des Konzepts des »neuen Antisemitismus«, manchmal auch als die »Theoretiker des neuen Antisemitismus« bezeichnet, behaupteten seit den frühen 1990er Jahren, dass es »neue Indizes« zur Messung von Antisemitismus brauche und für diese eine neue Antisemitismusdefinition benötigt werde. Um den »neuen Antisemitismus« zu bekämpfen, so erklärte es der Direktor für internationale Angelegenheiten des *American Jewish Committee*, Rabbi Andrew Baker, noch zwei Jahrzehnte später, »mussten wir ihn zuerst definieren«. In den ersten Jahren des neuen Jahrtausends hingegen gab es weder den Ruf nach einer neuen Definition noch wurde allgemein die Ansicht vertreten, dass die Bekämpfung dieses vermeintlichen Antisemitismus durch das Fehlen einer solchen Definition behindert würde – trotz anhaltender hitziger öffentlicher Debatte über die Frage, ob antijüdische und antiisraelische Anfeindungen einen »neuen Antisemitismus« darstellten. Dies war ein Narrativ, das man sich erst Jahre später ausdachte.

Das Verhältnis des *Institute for Jewish Policy Research* zum *American Jewish Committee* verschlechterte sich ab 1999 wesentlich, hauptsächlich aufgrund von Meinungsverschiedenheiten zum Thema »neuer Antisemitismus«, über das ich mich verstärkt öffentlich äußerte – etwa auf der großen internationalen wissenschaftlichen Konferenz 1999 in Jerusalem mit dem Titel *The Dynamics of Antisemitism in the Second Half of the 20th Century*, die das SICSA organisierte und an der führende Forscher und Gelehrte aus der ganzen Welt teilnahmen, die sich mit dem zeitgenössischen Antisemitismus befassten. Hier verlieh

ich meiner Besorgnis Ausdruck, dass durch den zionistischen Druck, einen Schwerpunkt auf den »neuen Antisemitismus« zu legen, der Antisemitismusforschung Schaden zugefügt werde. Ich warnte davor zuzulassen, dass die »Untersuchung und Erfassung des Antisemitismus zu eng mit dem zionistischen Imperativ verknüpft wird« und an Legitimität verliere, weil sie in den Dienst der politischen Interessen des israelischen Staates gestellt werde. Auch wenn einige Teilnehmer Sympathien für meine Ansicht bekundeten, reagierten die meisten verärgert. Es war klar, aus welcher Richtung der Wind blies.

Ende 1999 kündigte ich beim *Institute for Jewish Policy Research*, um Gründungsdirektor der *Rothschild Foundation Hanadiv Europe* zu werden. Es war eine Stelle, die es mir ermöglichte, das Thema des neuen Antisemitismus sehr genau im Auge zu behalten, vor allem weil seine Auswirkungen auf die europäischen Juden nicht vernachlässigt werden konnten.

Der Weg zur IHRA-Kodifizierung

Der erste bedeutsame Versuch, eine neue Definition von Antisemitismus formell auf den Weg zu bringen, wurde erst im Februar 2004 bei einem Treffen des israelischen *Global Forum for Combating Antisemitism* (GFCA) unternommen.⁶ In einer Pressemitteilung hieß es, dass dieses Treffen

»[...] vielleicht am stärksten für eine einzigartige intellektuelle Leistung in Erinnerung bleiben wird: die erstmalige Einigung von jüdischen Vertretern weltweit auf eine Definition des »neuen Antisemitismus« [...]: Wenn Kritik an israelischer Politik die Anwendung krasser politischer und diplomatischer Doppelstandards gegen den Staat Israel beinhaltet, eine dämonisierende Terminologie gegen Israel oder gegen den Zionismus aufruft oder Israel das fundamentale Existenzrecht abspricht – dann kann diese Kritik nicht als legitim angesehen werden; sie stellt vielmehr eindeutig Antisemitismus dar und sollte als solcher gekennzeichnet werden.«⁷

Die »Definition« spiegelt eindeutig das Denken von Natan Scharanski, dem ehemaligen jüdischen Dissidenten in der Sowjetunion, der damals im Dienst

6 Dieses Gremium ersetzte das israelische *Regierungsforum zur Beobachtung des Antisemitismus*.

7 Forum Agrees on Definition of »New Antisemitism«. CFCA Press Release vom 2.2.2004.

der israelischen Regierung stand, wider. Elemente der »Definition« sind Teil von Scharanskis »3-D-Definition« von Antisemitismus, die im Herbst 2004 in der *Jewish Political Studies Review* veröffentlicht wurde.⁸ Dabei handelte es sich um einen dreifachen Test auf Dämonisierung, Doppelstandards und Delegitimierung: Wenn Israel in diese drei Diskurse gestellt wird, sei das antisemitisch, argumentierte der Autor.

Diese »Definitionen« sollten jedoch bald in den Schatten gestellt werden. Eine gänzlich neue Gangart wurde angeschlagen, als die *Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit* (*European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia* – EUMC) im Januar 2005 auf ihrer Website eine »Arbeitsdefinition« von Antisemitismus veröffentlichte, die hauptsächlich auf Israel und den Zionismus fokussierte. Die Definition wurde als bahnbrechend gefeiert und fand anfangs beträchtliche internationale Aufmerksamkeit und Zustimmung.

Mit ihrer Arbeitsdefinition war die *Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit* einer Aufforderung von Rabbiner Baker vom *American Jewish Committee* nachgekommen. Ausgangspunkt war ein Definitionsentwurf von Antisemitismus, der ein Jahr zuvor von Kenneth Stern erstellt worden war, dem Antisemitismusexperten des *American Jewish Committee*. Entgegen der Behauptung, die EUMC-Arbeitsdefinition sei das Ergebnis jahrelanger wissenschaftlicher Forschung und Diskussion, handelte es sich in Wirklichkeit von Anfang an um ein genuin politisches Projekt, das von einer kleinen Gruppe hinter verschlossenen Türen opportunistisch geplant und umgesetzt wurde und an dem nur Personen teilnahmen, die der Vorstellung anhängen, dass es tatsächlich einen »neuen Antisemitismus« gibt. Die endgültige Fassung unterschied sich nur wenig von Sterns ursprünglichem Text. Das Narrativ, wonach viele jüdische Gruppen an ihrer Entstehung beteiligt waren, diente dazu, dem Projekt Legitimität zu verleihen.

Doch schon nach wenigen Jahren regte sich Kritik an der EUMC-Arbeitsdefinition. Und schließlich wurde die EUMC 2007 selbst durch die EU-Grundrechteagentur ersetzt, die sich von der EUMC-Arbeitsdefinition distanzierte und sie von ihrer Website entfernte.

Die israelischen Behörden, die sich mit dem Thema Antisemitismus befassten, beschlossen gemeinsam mit großen jüdischen Organisationen, ins-

8 Natan Sharanski: Foreword. In: *Jewish Political Studies Review* 16(3–4) (Sonderband *Emerging Anti-Semitic Themes*), Autumn 2004, S. 5–8. <https://www.jstor.org/stable/25834600>.

besondere mit dem *Simon Wiesenthal Center* und dem *American Jewish Committee*, einen Weg zu finden, um die EUMC-Arbeitsdefinition wieder in die Öffentlichkeit zu bringen: Sie bestimmten die damalige *Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research* (ITF) unter dem Vorsitz von Yehuda Bauer zum Vehikel für diese Aufgabe. Eine Umbenennung in einen klangvolleren Namen im Jahr 2012 – in *International Holocaust Remembrance Alliance* – erleichterte dies, vor allem, da die ITF eigentlich gar nicht direkt mit der Bekämpfung von Antisemitismus befasst war. Es war das *Simon Wiesenthal Center*, das durch seinen damaligen Direktor für Regierungsangelegenheiten Mark Weitzman, der dem Ausschuss für Antisemitismus und Holocaustleugnung vorstand, die Hauptrolle dabei spielte, die IHRA davon zu überzeugen, ihren Mitgliedern die EUMC-Arbeitsdefinition mit nur geringfügigen Änderungen als eigene Arbeitsdefinition zur Annahme vorzulegen. Auch hier ist nur schwer vorstellbar, dass Experten einige Jahre oder sogar nur Monate lang an der Erstellung des endgültigen Textes gearbeitet haben sollen. So wie die EUMC-Fassung dem Stern-Text sehr nahekam, so unterscheidet sich auch die IHRA-Fassung kaum vom EUMC-Text.

Im Mai 2016 nahm die Vollversammlung der IHRA in Bukarest im Konsens ein Dokument an, das aus zwei verschiedenen Teilen bestand: aus einer *Arbeitsdefinition Antisemitismus* in zwei Sätzen und aus einer Liste mit elf Beispielen für angeblich antisemitische Äußerungen. Heute gilt für die meisten das Dokument als Ganzes als die Arbeitsdefinition der IHRA. Dies ist unzutreffend. Zwar herrschte viel Verwirrung über die eigentlichen Geschehnisse in Bukarest und verschiedene Akteure, darunter auch IHRA-Repräsentanten selbst, beteiligten sich daran zu verschleiern, was sich ereignet hatte. Jedoch zeigt eine endgültige Untersuchung des Ereignisses und der anschließenden Entwicklungen durch Jamie Stern-Weiner eindeutig, dass die Arbeitsdefinition nur aus den beiden Sätzen des Einleitungstexts besteht.⁹

Im Zusammenhang mit der Entwicklung sowohl der EUMC- als auch der IHRA-Arbeitsdefinition betonten beide federführenden Akteure – Baker vom *American Jewish Committee* für die EUMC-Version und Weitzman vom *Simon Wiesenthal Center* für die IHRA-Version –, dass sie auf die weit verbreiteten Forderungen nach einer neuen Definition reagiert und Wissenschaftler viele Mo-

9 Siehe Jamie Stern-Weiner: *The Politics of a Definition: How the IHRA Working Definition of Antisemitism Is Being Misrepresented*. Free Speech on Israel, April 2021. <http://www.documentcloud.org/documents/20689366-stern-weiner-j-fsoi-the-politics-of-a-definition>.

nate (im Falle der EUMC) bzw. sogar Jahre (im Falle der IHRA) damit verbracht hätten, über die Texte nachzudenken und zu beraten, bevor eine Einigung erzielt worden sei –, was beweise, wie maßgeblich und immun die Definitionen gegen Missbrauch seien. Entsprechend erklärte die britische Delegation der IHRA-Sachverständigen im Jahr 2018:

»Das IHRA-Expertennetzwerk sah sich 2016 gezwungen, auf den weltweiten Anstieg antisemitischer Vorfälle zu reagieren, indem es eine klare Standarddefinition dafür vorlegte, wie Antisemitismus bestimmt ist.«¹⁰

Die Definition, betonten die britischen Experten kategorisch, umfasse den gesamten Text, einschließlich aller Beispiele. Ohne sie sei diese die Definition ungültig. Die Tatsache, dass das IHRA-Sekretariat selbst die britische Erklärung veröffentlichte, schien dies zu bestätigen.¹¹

Aus Sicht sowohl der Befürworter als auch der Kritiker des Begriffs »neuer Antisemitismus« ist dagegen klar, dass die IHRA-Arbeitsdefinition eine formale Kodifizierung darstellt. Die Kodifizierung kann jedoch nur dann den Interessen der pro-israelischen und zionistischen Gruppen dienen, wenn die Beispiele als integraler Bestandteil der Definition angesehen werden. Die Befürworter deuten daher den Status der Beispiele absichtlich falsch. Ganze sieben der elf Beispiele betreffen Aussagen über Israel. Sie enthalten Kriterien, die zur Stigmatisierung und Unterdrückung eines breiten Spektrums internationaler Kritik an Israel verwendet werden können, etwa durch das Kriterium der »Anwendung doppelter Standards« auf Israel.¹² Das israelische Außenministerium erklärte: »Was die Pro-Israel-Aktivisten für »wesentlich« halten, ist »die Liste der Beispiele.« Das *American Jewish Committee* geht sogar so weit zu erklären: »Die Definition besteht im Wesentlichen aus den Beispielen.« Und so wurde der »neue Antisemitismus« als materieller Ausdruck der behaupteten Gleichsetzung von Antizionismus und Antisemitismus in seinem weltanschaulichen Charakter bestätigt. Es handelt sich bei ihm nicht einfach nur um eine aktuelle Ausprägung des Antisemitismus; manche argumentieren gar, er sei für die meisten israelischen Juden und für viele Juden in der Diaspora wahrscheinlich die einzige Erscheinungsform von Antisemitismus, die diese überhaupt erkennen.

10 Lerman, S.159.

11 Ebd.

12 Für den Text der IHRA-Arbeitsdefinition siehe oben, Fn. 1.

Da sich die meisten Beispiele dafür, was antisemitisch sein könnte, in der Arbeitsdefinition der IHRA auf Israel und auf den Zionismus beziehen, besiegelte die Definition die Kodifizierung des »neuen Antisemitismus«. Eine bedeutsame Folge davon war der Rückgang der Verwendung des Begriffs »neuer Antisemitismus«. Da die Arbeitsdefinition allgegenwärtig wurde und als *die* Definition von Antisemitismus gilt, besteht keine Notwendigkeit mehr, Israelfeindlichkeit als »neuen Antisemitismus« zu bezeichnen. Die IHRA schrieb diesen Umstand endgültig fest. Das führte wiederum dazu, dass das Akronym IHRA im allgemeinen Sprachgebrauch selbst zum Synonym für die Arbeitsdefinition geworden ist.

Eines ist klar, nämlich die Stoßrichtung der Neudefinition des »neuen Antisemitismus«: Die Aufmerksamkeit sollte auf die Form und auf die Art der Ungerechtigkeiten gelenkt werden, der das Objekt des »neuen Antisemitismus« – Israel – ausgesetzt war; und im selben Atemzug die Gleichung Antizionismus ist gleich Antisemitismus besträtigen. Als Verantwortliche für diesen Antisemitismus wurden zunächst Linke, Palästinenser, Islamisten sowie Muslime im weiteren Sinne ausgemacht. Doch im Laufe der Zeit sollte sich das Spektrum der »Schuldigen« erweitern und bis zu einem gewissen Grad homogenisieren. Auf Grundlage des »3-D-Test« und den Beispielen der IHRA-Arbeitsdefinition in Bezug zu Israel und dem Zionismus galt den »Theoretikern des neuen Antisemitismus« nun jeder als antisemitisch, der den Staat Israel kritisierte – und hierzu zählten jetzt auch die Kirchen, Mitte-Rechts-, sozialdemokratische und grüne Parteien, rechtsgerichtete Zeitungen und viele andere.

Der Prozess, der zu dieser neuen Definition geführt und damit faktisch eine »Orthodoxie des neuen Antisemitismus« etabliert hat, wird heute als wissenschaftlich fundiert, forschungsbasiert, beratend, betroffenenorientiert, vollkommen organisch, objektiv definiert und frei von anderweitigen politischen Erwägungen beschrieben. Dieses Narrativ ist schlicht unglaublich.

Die IHRA, der Text, dessen Anwendungen und Missbrauch stehen heute so stark im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, dass leicht übersehen werden kann, wie und bis zu welchem Grad es dazu kam, dass der »neue Antisemitismus« zur neuen Orthodoxie wurde. Obwohl der »neue Antisemitismus« immer auch kritisch gesehen wurde, machten sich seit Anfang der 2000er Jahre immer mehr universitäre Einrichtungen, Forschungsinstitute und jüdische Schutzorganisationen seine Prämissen zu eigen. Durch die formale Ausweitung des Verständnisses von Antisemitismus auf die Feindseligkeit gegenüber Israel wurde Raum für die Gründung neuer Institutionen, Websites, Kampagnen und Interessengruppen geschaffen, deren ausdrücklicher Zweck es ist,

Antisemitismus zu erforschen, zu analysieren und die Öffentlichkeit dafür zu sensibilisieren, vor allem aber, ihn zu bekämpfen und zu besiegen. Die Reichweite und der Einfluss der Theorie des »neuen Antisemitismus« gehen mittlerweile jedoch weit über die Zivilgesellschaft und akademische Kreise hinaus. Internationale Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, ganz zu schweigen von den Regierungen selbst und den politischen Überwachungsausschüssen innerhalb der parlamentarischen Strukturen, machen sich den »neuen Antisemitismus« zu eigen. Sie schränken die Meinungsfreiheit in Bezug auf Palästina und Israel ein und legitimieren dies, indem sie die israelisch-zionistischen Beispiele, die der IHRA-Arbeitsdefinition angehängt sind, als tatsächliche Ausdrücke von Antisemitismus akzeptieren.

Kartierung des Felds der Racial Governance zur Förderung, Verbreitung und Bekämpfung des »neuen Antisemitismus«

In den letzten fünfzehn Jahren war die zumeist überaus öffentlichkeitswirksame Führungsrolle der israelischen Regierung bei der Vergrößerung des Spektrums und bei der Beeinflussung der Institutionen, die auf der Grundlage des »neuen Antisemitismus« Aktivitäten gegen Antisemitismus fördern, von enormer Bedeutung. Dabei handelt es sich aber, allgemeiner betrachtet, um eine logische Entwicklung. Esther Romeyn beschreibt dies auf äußerst erhellende Weise als ein Ensemble unterschiedlicher Akteure:

»Akteure der Global Governance wie die Vereinten Nationen, die UNESCO, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die Europäische Kommission, Nichtregierungsorganisationen, Experten, Wissenschaftler und Politiker, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, Definitionen zu erstellen, Messinstrumente und -technologien zu erfinden, zu analysieren und politische Erklärungen oder Programme zu formulieren sowie ›Stellungnahmen‹ zu entwickeln, um das ›Problem‹ [des neuen Antisemitismus] anzugehen und abzubauen (›zu bekämpfen‹).«¹³

Nach Romeyns Meinung taucht der »neue Antisemitismus« als ein transnationales Governance-Feld auf, insbesondere als Feld der so genannten Racial Go-

13 Romeyn, 1 und passim.

vernance – ein »Macht-Wissen-Feld«, das von »institutionellen und menschlichen Akteuren« kontrolliert wird.¹⁴

Die Palette der Akteure reicht von internationalen Regierungs- und Nicht-regierungsorganisationen bis hin zu Websites und universitären Think Tanks, von Programmen des israelischen Ministeriums für strategische Angelegenheiten bis hin zu ständigen parteiübergreifenden Parlamentsausschüssen, von leidenschaftlich für ihre Sache engagierten zivilgesellschaftlichen Gruppen bis hin zu den israelischen Geheimdiensten, von europäischen Rassismusüberwachungsstellen bis hin zu jüdischen Verteidigungsgruppen auf Gemeindeebene. Sie alle zusammen bilden das ständig weiterwachsende transnationale Feld jener Governance, in dem das Handeln auf den Vorstellungen und Praktiken des »neuen Antisemitismus« und einem diesen zugrundeliegenden jüdischen Partikularismus basiert.

Es darf nicht außer Acht geraten, dass dieses Feld der Racial Governance keineswegs statisch ist; außerdem muss ihre Wirksamkeit und Funktionsweise auf der Basis ihrer identifizierbaren Auswirkungen bewertet werden. Die Auswirkungen können den Ansprüchen der in diesem Feld aktiven Institutionen entsprechen oder auch nicht. Und ihr Einfluss kann schwanken, insbesondere, wenn es sich wie im Beispiel des israelischen Ministeriums für strategische Angelegenheiten um politische Einrichtungen handelt. Auch wenn die israelische Regierung in den letzten Jahren dessen zentrale Rolle im »Krieg gegen den Antisemitismus« nachdrücklich betont hat, ist die Geschichte des Ministeriums seit seiner Gründung eine wechselvolle. Trotz der Zuwendung von vielen Millionen Schekel beschloss die Regierung im Juli 2021, das Ministerium abzuschaffen – und zwar mit der Begründung, dass seine Aufgaben wie der Kampf gegen Israels Delegitimierung und gegen den BDS (die *Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen*-Bewegung) vom Außenministerium besser wahrgenommen werden könnten, da sich dieses bereits seit vielen Jahren mit solchen Aktivitäten befasse. Einige waren eh davon überzeugt, dass es eine reine Geldverschwendung dargestellt habe und seit jeher dazu genutzt wurde, jenen Politiker oder Koalitionspartner einen Posten zu verschaffen, denen man noch einen Gefallen schuldete. Andere waren hingegen der Meinung, dass das Ministerium wichtige Arbeit dabei geleistet habe, den BDS zurückzudrängen. Sicher ist, dass jene Aktivitäten gegen Antisemitismus, an denen es beteiligt war, nach wie vor zu den Schlüsselementen der israelischen Außenpolitik und den

14 Ebd.

Bemühungen zur Absicherung der Unterstützung durch das Diaspora-Judentums zählen. Dies wurde abermals deutlich, als die von Netanjahu angeführte Koalition mit Rechtsextremen und Ultraorthodoxen die Wahlen im November 2022 gewann und im Dezember die Regierungsgeschäfte übernahm. Ein *Ministerium für die Angelegenheiten der Diaspora und den Kampf gegen Antisemitismus*, das Amichai Chikli vom Likud als Minister leitete, wurde institutionalisiert. »Es ist uns gelungen, verschiedene Abteilungen, die sich mit Antisemitismus und dem Kampf gegen die Delegitimierung Israels befassen, unter einem Dach zu vereinen«, sagte Chikli.

Es gibt viele Gründe dafür, warum diese Governance auf so breiter Front mit derart unterschiedlichen Ausrichtungen und einem beträchtlichen Maß an Selbstregulierung funktioniert. Dazu gehören die Delegitimierung der Ideen des Multikulturalismus sowie Rezipienten, die dazu bereit sind, im »neuen Antisemitismus« Menschenrechtsverletzungen zu erkennen sowie jene Organisationen anzuklagen, die ihn fördern; außerdem die Sympathie rechter Gruppen, die jüdischen Beschwerden darüber, dass Antisemitismus nicht ernst genommen werde, als Behauptung eines jüdischen partikularistischen Identitarismus ansehen, der dem universalisierenden Verständnis des christlichen Humanismus und der Aufklärung entgegensteht – all dies sind politische und ideologische Positionen, deren Vertreter sie mit dem »neuen Antisemitismus« vereinbar finden.

Die Entlarvung des Mythos von Israel als »kollektiv verfolgtem Juden unter den Nationen«

In seinem Artikel *The collective Jew: Israel and the new antisemitism* aus dem Jahr 2003 unterstreicht Brian Klug die entscheidende Rolle des einflussreichen Konzepts des »kollektiven Juden« in der Vorstellung vom »neuen Antisemitismus«. Er schreibt:

»Wenn Israel wirklich ›der kollektive Jude unter den Nationen‹ ist und wieder in die Rolle des Paria schlüpft, dann kann es nur eines tun: um sein Überleben kämpfen, der Welt trotzen und sie in Schach halten.«¹⁵

Dies war eine zutreffende Charakterisierung der Haltung Israels zu jener Zeit, als es vehement hervortrat und den Antisemitismus verstärkt als Waffe einsetzte, um seine internationale Position zu stärken, die auf den ersten Blick so verwundbar schien. Wenn wir ins Hier und Jetzt springen, dann sehen wir einen mächtigen, geopolitisch einflussreichen Staat, der seine ethnonationalen Ziele verfolgt, ohne dass eine der Großmächte, und selbst kaum ein Mitglied der Arabischen Liga, wesentlich widersprechen würde. Trotzdem präsentiert sich Israel der Welt weiterhin als der verfolgte »kollektive Jude unter den Nationen«. (Israels ehemaliger Premierminister Levi Eshkol gab in einem seltenen Moment selbstentlarvender Ironie die Absurdität dieser Vorstellung preis, als er im Jahr 1966 von seinem Land als *Shimson der nebishdike* – Samson der Schwächling – sprach.¹⁶) Israel trotzt auch weiterhin der Welt, allerdings aus einer Position der Stärke, indem es jede Kritik an seiner de-facto-Annexion des Westjordanlands abschmettert und sich dabei nicht ernsthaft um eine militärische Niederlage, als vielmehr primär um die Aufrechterhaltung einer dauerhaften jüdischen Mehrheit sorgt, was es durch Verwaltungsmaßnahmen und rohe Gewalt zu erreichen sucht – alles Elemente eines illegalen Apartheidregimes. Zugleich präsentiert sich Israel der Welt gegenüber als Hightech-nation, als wichtiger Waffenexporteur und als global vernetzte Erfolgsstory. Und doch lässt Netanjahu keine Gelegenheit aus, um zu betonen:

»Wir sehen Antisemitismus, der sich gegen einzelne Juden richtet, und wir sehen auch, dass sich dieser Hass gegen den kollektiven Juden, den jüdischen Staat, richtet ... Israel wird mit denselben Verleumdungen und denselben Beleidigungen angegriffen, die seit Menschengedenken gegen das jüdische Volk erhoben werden.«¹⁷

-
- 15 »All Israel can do, if it really is ›the collective Jew among the nations‹, reprising the role of pariah, is fight for its survival, defying the world and keeping it at bay.« Brian Klug: The collective Jew: Israel and the new antisemitism. In: Patterns of Prejudice 37(2), 2003, S. 117–138, S. 134.
 - 16 Michael J. Koplow: ›Samson the weakling‹. <https://IsraelPolicyforum.org/2018/05/17/samson-the-weakling/>.
 - 17 Binyamin Netanyahu: A Jewish state could have prevented the Holocaust. Haaretz vom 27.1.2016.

Klug zitiert aus der Rede des ehemaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten von Schweden, Per Ahlmark, die dieser im Jahr 2002 über den Kampf gegen den Antisemitismus gehalten hat:

»Der heutige Antisemitismus greift in erster Linie den kollektiven Juden an, den Staat Israel. Und solche Angriffe lösen dann eine Kettenreaktion von Angriffen auf einzelne Juden und jüdische Einrichtungen aus.«¹⁸

Dies kommentiert Klug wie folgt:

»Das Konzept von Israel als ›kollektiver Jude‹ ist also für sich genommen bereits eine eigenständige These; darüber hinaus ist es eine Hypothese zur Erklärung der Feindseligkeit gegenüber Juden in aller Welt. Ich glaube, dass das Konzept verworren ist und dass seine Verwendung ein verzerrtes Bild der Tatsachen, die es zu erklären vorgibt, vermittelt.«¹⁹

Zu diesem Zeitpunkt war der »neue Antisemitismus« bereits zu einem zentralen Element des vorherrschenden Narrativs über den aktuellen Antisemitismus geworden. Wir können allerdings sehen, wie das Konzept des »kollektiven Juden« schon in den Gesprächsrunden über die Erosion der liberalen Unterstützung für Israel und über die Notwendigkeit einer Wiederbelebung des Zionismus von den späten 1970ern bis in die 1990er Jahre immer wieder auftauchte. So sagte die französische Soziologin Annie Kriegel in einem der Seminare zum Weltjudentum, die im Jahr 1979 unter der Schirmherrschaft des israelischen Präsidialamtes stattfanden:

»Ich möchte meine negative Haltung gegenüber einer Formel zum Ausdruck bringen, die häufig verwendet wurde. Ich lehne die Formel ›Israel, der Jude der Nationen‹ in erster Linie deshalb ab, weil sie implizit die zionistische Leistung leugnet. Im Lichte dieser Formel hat der Zionismus nichts anderes

18 »It [contemporary antisemitism] attacks primarily the collective Jew, the State of Israel. And then such attacks start a chain reaction of assaults on individual Jews and Jewish institutions.« Klug: *The collective Jew*, S. 120.

19 »The concept of Israel as ›the collective Jew‹ is thus both a thesis in its own right and a hypothesis for explaining hostility towards Jews around the world. I believe that the concept is confused and that the use to which it is put gives a distorted picture of the facts it purports to explain.« Klug: *The collective Jew*, ebd.

erreicht, als die jüdische Unterdrückung vom Individuum auf die Gruppenebene zu übertragen. Das ist nicht wahr.«²⁰

Als Yehuda Bauer eine andere Seminarsitzung im Jahr 1985 zusammenfasste, war er noch im Fragemodus:

»Ich glaube, es ist entscheidend herauszufinden, ob es tatsächlich eine neue Art von Antisemitismus gibt oder ob es sich um die alte Krankheit in einem neuen Gewand handelt.«²¹

Bauer meinte, dass die meisten Experten in den Präsidentenseminaren der Jahre 1984–85

»[...] glaubten, dass wir Zeugen einer anderen Art von Antisemitismus waren, bei dem das neue Element die Existenz des Staates Israel ist, der insbesondere von Antisemiten oftmals als der »Kollektive Jude« und als ein geeignetes Ziel für antisemitische Angriffe wahrgenommen wird.«²²

Nach 1989 und dem Wiederaufleben des politischen Antisemitismus im postkommunistischen Osteuropa, was ein wesentlicher Anstoß für die Brüsseler Konferenz des *Jüdischen Weltkongresses* im Juli 1992 war, wurde die UNO als eine der wichtigsten Organisationen angesehen, die sich des »neuen Antisemitismus« schuldig gemacht hätten. Irwin Cotler, Professor für Menschenrechte an der McGill University, führte diesen Angriff an: Für die UNO sei

»Israel die Metapher für die Menschenrechtsverletzungen unserer Zeit, was Israel als neuen »Antichristen« herausstellt, samt all der »Verachtung« für diesen »Juden unter den Nationen«, die dieser neue Antisemitismus mit sich bringt.«²³

20 Annie Kriegel in Moshe Davis, ed.: *Zionism in Transition*. Arno Press 1980, S.307-13.

21 Yehuda Bauer, ed.: *Present-Day Antisemitism: Proceedings of the 8th International Study Circle on World Jewry under the Auspices of the President of Israel*, Chaim Herzog. Jerusalem 29–31.12.1985, Vidal Sassoon International Center for the Study of Antisemitism, 1988, S. ix.

22 Ebd.

23 Irwin Cotler: *Jewish NGOs and Religious Human Rights: A Case Study*. In J. Witte and J.D. Van der Vyver, eds.: *Religious Human Rights in Global Perspective: Religious Perspectives*, Martinus Nijhoff Publishers/ Kluwer Law International, S. 286–7.

Cotler, der von 2003 bis 2005 auch Kanadas Justizminister war, kam mehrmals auf dieses Konstrukt zurück, wobei seine hochtrabende Rhetorik regelmäßig die Oberhand gewann. Im Jahr 2004 sprach er auf dem – wie ich bereits erwähnt habe, von den Organisatoren, wegen seines weltweiten jüdischen Konsenses über die Definition des »neuen Antisemitismus« als einzigartig gepriesenen – *Global Forum for Combating Antisemitism* über gegenwärtige antisemitische Diskriminierung, die er als »neue antijüdische« Haltung bezeichnete, wobei Cotler behauptete, dass

»[...] es das jüdische Volk in seinem kollektiven Sinn ist, in dem Israel zu einem Wort [*sic*] geworden ist – der Jude unter den Nationen –, in dem diese neue antijüdische Haltung zum Ausdruck kommt.«²⁴

Cotler und so viele andere verwenden den Begriff des »kollektiven Juden« In ihren Veröffentlichungen, vermeiden aber jede Selbstreflexion über die Auswirkungen dieses Diskurses. Eine Ausnahme bildete der über den Zionismus arbeitende Historiker Shmuel Almog, der 1994 schrieb:

»Es ist heute üblich, Israel die Rolle des metaphorischen kollektiven Juden zuzuschreiben. Eine ironische Wendung der Geschichte, wenn man sich daran erinnert, dass der jüdische Staat ursprünglich als die endgültige Antwort auf die Gefahren des Antisemitismus gedacht war.«²⁵

Brian Klug formulierte es wie folgt:

»Das Ziel des Zionismus war es, die jüdische Situation zu normalisieren. Mit dem jüdischen Staat sollte das jüdische Volk anderen Völkern gleichgestellt werden. Aber wenn Israel dem weltweiten Antisemitismus als Blitzableiter dient, dann hat der Zionismus nur erreicht, die Notlage des einzelnen Juden über die Jahrhunderte hinweg in Form eines Staates zu reproduzieren. Kurz gesagt, ich glaube nicht, dass Herzl gerne erfahren hätte, dass Israel als ›der kollektive Jude unter den Nationen‹ hervortritt.«²⁶

Welche Rolle spielt die Konstruktion des »kollektiven Juden« für das Verständnis von Antisemitismus, insbesondere in der IHRA-Arbeitsdefinition? In sei-

24 Lerman, ebd., S. 270.

25 Lerman: S. 69.

26 Klug, S. 17.

ner Version einer Definition vom 9. November 2010 verknüpft Cotler den »neuen Antisemitismus« kurzerhand mit dem »kollektiven Juden«:

»Der neue Antisemitismus umfasst die Diskriminierung des jüdischen Volkes, seine Verleugnung oder den Angriff auf sein Recht, als gleichberechtigtes Mitglied der Nationenfamilie zu leben, wobei Israel als »kollektiver Jude« unter den Nationen ins Visier genommen wird.«²⁷

Diese Formulierung ist mit verschiedenen Funktionen überfrachtet. Ich habe bereits Brian Klug angeführt, der meint, dass der Begriff des »kollektiven Juden« sowohl These als auch Hypothese ist. Oder vielleicht einfacher ausgedrückt: sowohl Konzept als auch Metapher. Im Begriff wird Israel als individueller Jude im Großformat begriffen – eine Vorstellung, die denjenigen in die Hände spielt, die die jüdische Identität homogenisieren wollen, indem sie diese auf eine ineinander verflochtene, israelzentrierte Mischung aus Religion, Jüdischsein und Zionismus reduzieren und es unmöglich wird, die Elemente voneinander zu trennen und alle drei zu Essenzen des heutigen Jüdischseins werden.

Es ist klar, dass die Beschreibung Israels als »kollektiver Jude« zentral ist für die Rechtfertigung des Begriffs »neuer Antisemitismus«, da jene ihm die überzeugende Wirkung verleiht; sogar weit mehr, würde ich sagen, als die Litanei über die diskriminierenden Verhaltensweisen, denen Israel angeblich ausgesetzt ist. Dies gilt vor allen Dingen, weil solche Konstruktionen Teil eines Diskurses sind, dessen verschiedene Elemente das Gesamtnarrativ stärken, das wiederum wichtiger ist als die angesprochene materielle Substanz.

Wie das funktioniert, lässt sich zeigen, wenn man sich ein Element dieser Diskurskette ansieht, das in diesem Essay bereits teilweise erörtert wurde: die IHRA-Arbeitsdefinition. Als sie veröffentlicht wurde, war es nicht so sehr der Inhalt der Definition, der so hoch gelobt wurde. Vielmehr war es ihr Anspruch auf Autorität, Endgültigkeit und Reichweite, vertreten von einer internationalen Organisation, deren schierer Name ihre Glaubwürdigkeit außer Frage stellte. Denn wer würde einer von Regierungen gestützten Institution, deren Herzstück das Holocaustgedenken ist, die Autorität und die Kompetenz absprechen zu bestimmen, was Antisemitismus ist und was nicht? Außerdem drängte im Jahr 2016, als die Arbeitsdefinition auf der IHRA-Plenarsitzung im Konsens angenommen wurde, der Antisemitismus in verschiedenen Ländern

27 Cotler. National Post (Canada) vom 9.11.2010.

stärker in die öffentliche Wahrnehmung – Trump und der Weiße Suprematismus waren auf dem Vormarsch, die rechtsextremen Parteien bahnten sich ihren Weg in die Regierungen in ganz Europa und die Antisemitismusaffäre um Jeremy Corbyn und die britische Labour-Partei nahm ihren Lauf. Etwas vermeintlich Bedeutendes dagegen zu unternehmen, indem man sich einer Antisemitismusdefinition anschließt, die von mehr als dreißig Ländern gebilligt worden war, konnte da sicherlich nicht schaden. Sie sei der »Goldstandard«, versicherten die britischen Experten. Jemand, der ihre Wirksamkeit, Qualität, Nützlichkeit und moralische Legitimität in Frage stellte, konnte nur zweifelhafte Motive verfolgen.

Fazit

Die Macht und Schlagkraft, die Worte ausüben können, sind beträchtlich. Worte verkörpern mächtige und einflussreiche Konzepte und Diskurse. Hier lasse ich mich von Foucault inspirieren, der einen Zusammenhang zwischen Wissen, Diskurs und Macht aufmacht und Diskurse als umkämpfte Orte der Macht begreift. Wer den Diskurs kontrolliert, kontrolliert auch die »öffentliche Wahrnehmung« und ist dadurch seinerseits in der Lage, einen gewissen Grad an Kontrolle über die Handlungen der Menschen auszuüben. Der Diskurstheoretiker Teun A. van Dijk meint,²⁸ dass ein solch hohes Maß an Kontrolle einem Machtmissbrauch gleichkomme und entlarvt werden müsse. Ich glaube, dass dies eine nahezu perfekte Beschreibung der Art und Weise ist, wie der Diskurs der Neudefinition und des »neuen Antisemitismus« funktioniert.

So verführerisch die Metapher bzw. das Konzept des »kollektiven Juden« auch sein mag, versagen sie dennoch auf mindestens fünf Ebenen:

Erstens handelt es sich um einen *Kategorienfehler*: Ein Staat kann unmöglich die Eigenschaften einer Person haben. Er kann keinen Antisemitismus erfahren. Die Behauptung, dass dies möglich ist, bedeutet die Zuschreibung einer Eigenschaft an eine Sache, die diese Eigenschaft gar nicht haben kann.

Zweitens reduzieren sie Juden auf eine *Singularität* und implizieren, dass »sie alle gleich sind« – eine offensichtlich antisemitische Trope.

Drittens greifen sie die Vorstellung vom ewigen Leid des universellen Juden auf: *Der Jude, der nackt und vollkommen unschuldig vor den Türen der Gaskammer steht*, ist die krasseste Verkörperung von antisemitischer Verfolgung. Die

28 Vgl. Teun A. van Dijk: *Discourse and Power*. London: Bloomsbury 2008.

gemeinhin geteilte Annahme, dass jeder Antisemitismus zum Holocaust führe, wird ausgebeutet, indem eine Gleichsetzung mit der »intrinsischen« *Unschuld* des Staates Israel erfolgt. Auch wenn dies keine Holocaustleugnung ist, so stellt es zweifellos eine Trivialisierung des Holocaust und seine Instrumentalisierung für politische Zwecke dar.

Viertens schwingen in ihnen Anklänge an das religiöse Judentum mit, die allerdings keine Grundlage haben. Der konservative US-amerikanische Rabbiner Abraham Joshua Heschel, einer der führenden jüdischen Theologen des 20. Jahrhunderts, der selbst ein Zionist war und im Jahr 1965 mit Martin Luther King in Selma marschierte, warnte davor, die beiden Grundlagen des Zionismus religiös zu überhöhen:

»Das Judentum ist keine Religion des Raumes und betet nicht den Boden an.«²⁹

Und weiter:

Und so ist der Staat Israel nicht der Höhepunkt der jüdischen Geschichte.³⁰

Ein anderer wichtiger jüdischer Denker des 20. Jahrhunderts war Jeschajahu Leibowitz, Mitglied der Hebräischen Universität, Gewinner des Israel-Preises, orthodoxer öffentlicher Intellektueller, Universalgelehrter, Autor vieler Bücher über jüdisches Denken und westliche Philosophie. Er bezeichnete das Verhalten Israels in den besetzten Gebieten als »judeo-nazistisch« und schrieb dazu:

»Einen Staat als Wert an sich zu betrachten, ist genuin faschistisch; und ein Stück Land, einschließlich Israel, als heilig anzusehen, ist eine Form von Götzendienst. [...] Israels öffentlicher Diskurs ist geprägt von der kollektiven Leugnung, dass die Besetzung die politische und moralische Katastrophe Israels ist.«³¹

Heute würden Heschel und Leibowitz gegen die IHRA-Arbeitsdefinition verstoßen.

29 Abraham Joshua Heschel, *Israel: Echo of Eternity*, Farrar, Strauss and Giroux. 1969, Kapitel 11.

30 Heschel, ebd.

31 Carlo Strenger: *Yeshayahu Leibowitz: Prophet of Wrath, Harbinger of the Future*. Haaretz vom 13.3.2013.

Schließlich ist – fünftens – das Konzept in anderer Hinsicht eklatant rassistisch: *Es löscht die palästinensische Minderheit vollständig aus der israelischen Realität aus.* Ein krasserer Beispielfür Cancel Culture ist kaum vorstellbar. Es macht die Palästinenser zu Nichtpersonen. Wie kann ein Staat »kollektiver Jude« genannt werden, wenn mehr als zwanzig Prozent seiner Bürger Palästinenser sind? Zumindest in der Anfangszeit des politischen Zionismus hatte sogar Herzl über einen Platz für die Araber im jüdischen Staat nachgedacht, denen er – allerdings in hohem Maße bevormundend nach Art der kolonialen Denkweise – einen Bedarf nach Zivilisierung unterstellte. Der heutige Zionismus hingegen räumt den Palästinensern überhaupt keinen Platz mehr in seinem Staatskonzept ein.

Jede Regierung, die ihren Staat auf eine Weise als Ausnahme heraushebt, wie es die israelische Regierung tut, wird immer die gleiche Kritik ernten. Wenn es also darauf ankommt, kann es also keine Aussagen über einen Staat geben, die auf vertretbare Weise verboten werden könnten, wenn man der Logik derjenigen folgen würde, die Israel als Ausnahme betrachten.

Den meisten auf den ersten Blick durchaus seriösen Artikeln und Aufsätzen über Israel und den Zionismus, die meinen E-Mail-Posteingang fluten, scheinen zwei Prämissen zugrunde zu liegen: die vollständige Akzeptanz des Konzepts von Israel als »verfolgtem kollektiven Juden unter den Nationen« und der grundsätzlich unwidersprochene jüdische Exzeptionalismus. Ich bezweifle nicht, dass einige davon gut argumentiert und mit reichlich Fußnoten belegt sind. Doch wenn die Prämissen unhaltbar sind, ist die Gültigkeit einer solchen Arbeit höchst fragwürdig.

Seit der bereits erwähnten Konferenz des *Sassoon International Center for the Study of Antisemitism* im Jahr 1999 hat sich vieles verändert. Zu vieles davon zum Schlechten. Ganz sicher ist, dass meine Ermahnung zur Notwendigkeit, Objektivität an die erste Stelle zu setzen, nicht beherzigt wurde. Aber es wird nach wie vor auch brillante Arbeit geleistet. Eigens hervorgehoben sei die Sonderausgabe »Rethinking Anti-Semitism« der *American Historical Review*, die im Oktober 2018 zum Thema Antisemitismus in historischer Perspektive erschienen ist – acht außerordentlich reichhaltige und anregende Aufsätze von Forschern des *International Consortium for Research on Antisemitism and Racism*. Doch Jonathan Judakens Urteil, dass »die gegenwärtigen Diskussionen über Antisemi-

tismus [...] zu einem Schlachtfeld geworden sind«, trifft heute mehr denn je zu.³²

»Wir [die Autoren der AHR] argumentieren gegen Exzeptionalismus, Eter-
nalismus, Teleologie, Apologetik und theoretische Naivität in der Heran-
gehensweise von Wissenschaftlern an den Antisemitismus. Wir plädieren
stattdessen für eine komplexe Geschichte des Antisemitismus.«³³

Die Orthodoxie des »neuen Antisemitismus« und der Mythos vom »kollektiven
Juden« verstärken all diese Gefahren auf beträchtliche Weise.

32 Jonathan Judaken: AHR Roundtable Rethinking Anti-Semitism. Introduction. In: *The American Historical Review* 123(4), 2018, S. 1122–1138, hier: S. 1124.

33 Jonathan Judaken, ebd.